Annamária Fábián & Igor Trost (Hg.). 2018. *Sprachgebrauch in der Politik. Grammatische, lexikalische, pragmatische, kulturelle und dialektologische Perspektiven*. Berlin, Boston: De Gruyter. 366 S.

Besprochen von **David Römer**: Universität Trier, Germanistische Linguistik, Universitätsring 15, D-54296 Trier, E-Mail: roemerd@uni-trier.de

<https://doi.org/10.1515/zrs-2021-2070>

Der zu besprechende Sammelband möchte „einen Paradigmenwechsel in der politischen Sprachgebrauchsforschung einleiten“, so die Herausgeber*innen Igor Trost und Annamária Fábián im Vorwort (S. V). Geworben wird für eine interdisziplinäre Perspektive; außerdem seien Ansätze kognitiv und grammatisch orientierter linguistischer Teildisziplinen bei der Analyse politischer Sprache stärker zu berücksichtigen (ebd.). In der Einleitung begründen Fábián und Trost diesen Anspruch durch einen Verweis auf Uhlig (1972), der „eine überzeugende Studie zur Grammatik und Syntax des politischen Sprachgebrauchs verfasste, die anderen Forscherinnen und Forschern als methodologisches Vorbild hätte dienen können“ (S. 3). Des Weiteren würden aus den USA stammende kognitions- und konstruktionsgrammatische Forschungsrichtungen „auf eine breite Rezeption stoßen“, hätten aber „den politischen Sprachgebrauch bislang nur gelegentlich zum Untersuchungsgegenstand“ (ebd.). Die Konzentration auf „Wort- und Textebene sowie auf den Diskurs“ (ebd.) und die Dominanz semantischer, pragmatischer und sprachkritischer Perspektiven in der Politolinguistik gehe mit einer Vernachlässigung der eben genannten Richtungen einher.

Aufbau und Inhalt

Neben dem Vorwort und der Einleitung enthält der Band vier Abschnitte: Teil 1 umfasst lediglich einen Beitrag und beschäftigt sich mit der „Politizität von Sprache“. In Teil 2 stehen „grammatische Einheiten“ im Fokus. Teil 3 fragt nach Funktionen „morphologischer, lexikalischer und stilistischer Einheiten“. Teil 4 behandelt „Varietäten und Identitätskonstruktionen“ im politischen Sprachgebrauch. Im Folgenden werden die Inhalte der einzelnen Beiträge wiedergegeben. Anschließend wird eine zusammenfassende Bewertung der Teile des Bandes vorgenommen.

Den ersten Teil eröffnet der Beitrag von **MANFRED MICHAEL GLAUNINGER**. Er geht von der These aus, Sprache sei – semiotisch gesehen – immer politisch, weil Zeichenhaftigkeit und Bedeutung auf Konventionen beruhe, und diese bildeten

sich erst durch Macht heraus. Zentrale Fragestellung politolinguistischer Forschung sei, die Wirksamkeit dieser Macht in Prozessen sozialer Interaktion zu ermitteln (den Autor interessieren die „Etablierung, Anerkennung (Übernahme) und Perpetuierung/Tradierung“ (S. 28) von Sprachkonzepten). Der Gedanke, dass sprachliche Wirklichkeitskonstruktionen immer eine politische Dimension haben würden, ist reizvoll. Insofern in der politolinguistischen Forschung, die mitunter durch die poststrukturalistische Diskurstheorie geprägt ist, ohnehin davon ausgegangen wird, dass Wirklichkeitserfahrungen sprachlich und durch Macht geprägt sind, bleibt aber unklar, welche „neue[n] Impulse“ (S. 30) von dem sieben-seitigen Problemaufriss für die Erforschung des Zusammenhangs von Sprache und Politik ausgehen.

Am Beginn des zweiten Teils, „Die Funktion grammatischer Einheiten im politischen Sprachgebrauch“, steht der Beitrag von LUDWIG M. EICHINGER zu der grundlegenden Frage, ob es eine Grammatik der politischen Sprache überhaupt gibt. Anhand von sog. Form-Funktionspaaren in parlamentarischen Reden möchte Eichinger aufzeigen, dass sprachliches Handeln in der Politik an sprachlichen, textsortenkonstitutiven Mustern orientiert ist, „die einen funktional durch die Welt des parlamentarischen Diskurses führen“ (S. 51). Außerdem stellt Eichinger fest, sprachlich Vorgeformtes würde je nach „sprachlichen Anforderungen“ (S. 53), wie medialer Realisierung oder Intentionalität, variieren.

IGOR TROST untersucht modalpassivische Konstruktionen und deren Funktionen in Regierungserklärungen der deutschen Bundesregierung. Dabei stehen die Konstruktionen wie *das Problem ist zu lösen* und *das zu lösende Problem* im Fokus. Trost arbeitet heraus, dass sowohl der *sein* + *zu*-Infinitiv als auch das Gerundiv in Regierungserklärungen die Funktionen haben, das Agens zu eliminieren und die Modalität (müssen, können usw.) verdeckt auszudrücken bzw. offen zu halten. Anregend für die Sprache-in-der-Politik-Forschung könnte aus Sicht des Rezensenten die Interpretation der Motive sein, die der Verwendung der Konstruktionen in Regierungserklärungen zugrunde liegen. Es ist anzunehmen, dass die Agenseliminierung und die verdeckte modale Semantik strategisch eingesetzt werden.

Mit ähnlicher Perspektive widmet sich ANNAMÁRIA FÁBIÁN den Funktionen verschiedener sprachlicher Phänomene, insbesondere von Modalverben. Hierzu untersucht sie die Bundespressekonferenz Angela Merkels vom 31.08.2015, in der die Bundeskanzlerin den salienten politischen Satz „Wir schaffen das!“ sagte. En passant nennt Fábián als weiteres Ziel der Untersuchung, aufzeigen zu wollen, „wie die kollektive Identitätsbildung durch Sprache in der Politik [...] auch durch grammatisch-strukturelle Merkmale erfolgt“ (S. 78). Ein Ergebnis ist demnach offenbar, dass die Hyperonym-Hyponym-Relation zwischen den Lexemen *Bund*, *Länder*, *Kommunen* und der Gebrauch des Personalpronomens *wir* für *Bund und*

Länder Identität zwischen dem Bund und den Ländern stiften. Hinsichtlich der Funktion des quantitativ vorherrschenden Modalverbs *müssen* stellt Fábíán fest, dass es der Rede einen „kollektiv handlungsauffordernden Charakter verleiht“ (S. 90).

Sprachliche Konstruktionen der Einheit durch Substantive in Politikerreden untersuchen ANNAMÁRIA FÁBIÁN & ANJA ENZERSBERGER. Der Beitrag möchte zeigen, „wie kollektive Identitätsbildung, aber auch Frontenbildung in Zeiten politischer Krisen mithilfe von Substantiven und – deren Wirkung unterstützenden – Personalpronomen in Politikerreden praktiziert werden“ (S. 104). Im Fokus stehen Eigennamen und Appellativa in der Neujahrsansprache von Angela Merkel 2015/2016. Es wird unterschieden zwischen negativ und positiv besetzten Eigennamen. Bestimmte Eigennamen, Appellativa und auch Personalpronomen würden eingesetzt, um Freund-Feind-Schemata zu etablieren (*IS, Syrien, Afrika* vs. *Europa, Deutschland, Frankreich*), andere würden eingesetzt, um Identität zu stiften (*wir, deutsche Bürger*).

Anknüpfend an die kritische Diskursanalyse angelsächsischer Prägung analysiert RICHARD INGHAM syntaktische Konstruktionen und Argumentationsstrategien im Bürgerkriegs-Diskurs in England von 1642 bis 1648. Er geht der Frage nach, „how legitimacy was constructed discursively in written exchanges between the King and Parliament just before the outbreak of civil war“ (S. 133). Ingham kommt u. a. zu dem Ergebnis, dass ein enger Zusammenhang zwischen syntaktischen Konstruktionen und persuasiven Argumentationsstrategien besteht (vgl. S. 142).

Ebenfalls aus kritisch-diskursanalytischer Perspektive nimmt STEFANIE ULLMANN den Arabischen Frühling in den Reden internationaler Politiker in den Blick. Sie geht von der These aus, dass verschiedene grammatische Strukturen unterschiedliche „Konzeptualisierungen der Ereignisse [des ‚Arabischen Frühlings‘, Anm. d. Verf.] zur Folge haben“ (S. 145). Neben *Action Chains* und *Motion Schemas* im Sinne der Kognitiven Grammatik, Nominalisierungen und Abstraktionen untersucht Ullmann kognitive Metaphern. Dabei stellt sie fest, dass die „Revolutionen und Proteste im politischen Diskurs zumeist als Reise, Jahreszeit, Krankheit, Naturgewalt oder -katastrophe und in Form von Geburt/Schwangerschaft/Familie konzeptualisiert und verstanden werden“ (S. 155). Im Vergleich des Metapherngebrauchs in den USA, Großbritannien sowie dem Nahen Osten und Nordafrika sei am auffälligsten, dass Großbritannien „zur Quelldomäne der Jahreszeiten tendiert“ (S. 155) und dass Krankheitsmetaphern „in den Reden der Staatsoberhäupter der betroffenen arabischen Länder zu finden“ (S. 156) sind, womit unterschiedliche Sichtweisen auf die Ereignisse einhergehen würden.

Die grammatischen Analysen haben gemeinsam, dass sie kaum überraschende oder neuartige Ergebnisse liefern. Vielmehr bestätigen sie das Offensichtliche,

z.B. dass sprachliches Handeln in der Politik an vorgeformten lexikalischen und grammatischen Mustern orientiert ist oder dass mit dem *sein + zu*-Infinitiv eine Agenseliminierung einhergeht (eine dezidierte Beschreibung der Textsorte Parlamentsrede findet man beispielsweise bei Klein (2003 und 2019). Und ob sich der handlungsauffordernde Charakter von *müssen* tatsächlich nur durch die „interdisziplinäre Verknüpfung von Forschungsmethoden aus der Semantik, der Grammatik, der politischen Diskursanalyse und der Pragmatik beschreiben und analysieren“ (S. 97) lässt, kann bezweifelt werden. Vielleicht hätte es – gegen den Trend, mindestens drei linguistische Teildisziplinen zu verknüpfen – hierzu auch ausgereicht, sich auf die Wortsemantik zu beschränken. Dem gegenüber stehen der eher laxer Umgang mit dem Identitätsbegriff (handelt es sich wirklich um Prozesse kollektiver Identitätsbildung, die herausgearbeitet werden?) und insbesondere die weitreichenden, teils esoterisch anmutenden kognitionstheoretisch inspirierten Interpretationen hinsichtlich des Denkens und Fühlens von Rezipient*innen. Das Postulat der Kognitiven Grammatik, „grammatikalische Strukturen“ seien „so bedeutungsvoll wie lexikalische Einheiten“ (S. 148) erscheint hier nicht evident. Aber es ist wahrscheinlich die Frage, was man unter *Bedeutung* versteht.

HANS-WERNER EROMS eröffnet mit seinem Beitrag den dritten Teil zum Inszenierungscharakter bzw. zur funktionalen Stilisierung politischer Sprache. Am Beispiel der Bundestagsdebatte zum Haushalt 2015 untersucht Eroms bestimmte sprachlich-rhetorische Mittel wie Einzellexeme/Hochwertwörter (*Vertrauen, Alternative*), quasilogische Syllogismen, Belehrungen oder Anaphern.

THOMAS NIEHR beschäftigt sich mit Schlagwörtern und ihrer rhetorischen Funktion. Niehr warnt vor der verbreiteten Annahme einer Pejorisation des Ausdrucks *Schlagwort* im öffentlichen Diskurs und problematisiert vor diesem Hintergrund dessen Eignung als linguistischen Terminus. Er zeigt auf, dass der Schlagwortbegriff vielschichtiger ist als in der allgemeinen Bedeutung. Überraschenderweise kommt er bei der Analyse der Verwendung des Ausdrucks *Schlagwort* in Bundestagsdebatten zu dem Ergebnis, dass dieser „nahezu gleich häufig in neutraler wie in abwertender Verwendung“ (S. 193) vorkommt. Dass der Ausdruck *Willkommenskultur* bereits im Jahr 2014 verschieden gebraucht wurde (z.B. appellativ oder definitorisch) und umstritten sei, scheint wiederum weniger frappant.

RALF THOMAS GÖLLNER untersucht kontrastiv den Diskurs über multiethnische und multikulturelle Gesellschaften in Ost- und Westeuropa. Innerhalb dieses Diskurses habe sich der Begriff *Multikulturalismus* „von einem Identifikationsangebot und multikulturellen Gesellschafts- und Staatskonzept zu einem politischen Kampfbegriff entwickelt, der sich gegen ethnische Homogenität von Nationalstaaten und den nationsbasierten Identitätsgedanken richtet“ (S. 204). Diese ideologisch geprägte Semantik des Begriffs habe eine sachliche Debatte über Di-

versität behindert und sei ab 2015 diskursiv wirksam geworden. Göllner plädiert schließlich für das Konzept *Multikulturalität*.

Der Beitrag von RÜDIGER HARNISCH hat die Personenbezeichnung *Flüchtling* zum Gegenstand. Ziel der Untersuchung ist, herauszuarbeiten, unter welchen Bedingungen „dieses pejorisierte Derivat in einem Verfahren politischer Sprachregelung im meliorisierenden Partizipialsubstantiv *Geflüchtete* eine mögliche Alternative bekommt“ (S. 217). Entgegen der Annahme, *Flüchtling* sei ein Pejorativum, argumentiert Harnisch, das Wort sei neutral. In Auseinandersetzung mit Stefanowitsch und Wehling resümiert er:

„Die Betonung dessen, man sei zu dem Urteil der Pejorität von Flüchtlinge nach einer ‚rein strukturellen Analyse‘ gelangt [...], dient also [...] nur vordergründig dazu, den Befund als objektiv aus dem Sprachsystem gewonnen auszuweisen. In Wahrheit etymologisiert man in die *-ling*-Bildung Flüchtling Pejoratives hinein, um sich dann mit der meliorisierenden Partizipialbildung *Geflüchtete* selber auf die ‚gute‘ Seite zu stellen und diejenigen, die *Flüchtlinge* weiterverwenden, auf der ‚bösen‘ Seite stehen zu lassen“ (S. 228)

Die Ersetzung von *Flüchtling* durch *Geflüchtete* sei demnach u.a. durch Sprachkritik pragmatisch motiviert.

FABIAN KREUßLER & MARTIN WENGELER vergleichen auf lexikalischer Ebene den Flüchtlingsdiskurs im Jahr 2015 mit früheren Flüchtlingsdiskursen, indem sie die „Bedeutungsentwicklung zentraler Schlüsselwörter“ (S. 240) nachzeichnen. Hierzu werden zunächst ältere Forschungsergebnisse referiert. Insbesondere auf Basis der Betrachtung von Personenbezeichnungen (z.B. *Flüchtlinge*, *Vertriebene* in den 1950er Jahren; *Gastarbeiter*, *Ausländer* in den 1960er und 1970er Jahren; *Wirtschaftsflüchtlinge*, *Asylanten* in den 1980er und 1990er Jahren) kommen sie zu dem Schluss, dass „im öffentlichen Diskurs des Jahres 2015 eher eine positivere Haltung gegenüber der Aufnahme von Flüchtlingen zu verzeichnen ist“ (S. 257). Darüber hinaus kommen sie zu einem ähnlichen Ergebnis wie Harnisch, wenn sie sagen, die mit einem Wort (wie *Flüchtling*) verbundene Wertung entspringe nicht oder nur in geringem Maße der Morphologie oder Etymologie des Wortes. Relevant sei die Verwendung im Diskurs (vgl. S. 257f.).

Auch JÖRG KILIAN widmet sich aus semantischer Perspektive dem politischen Wortschatz. Er geht von der These aus, dass jedes Wort als ein politisches Wort mit politischer Bedeutung verwendet werden kann (vgl. S. 261f.). Solche Wörter, die nicht zum politischen Wortschatz gehören, aber in der politischen Kommunikation gebraucht werden und interkulturelles, politisch-ideologisches Konfliktpotential haben, nennt Kilian *Hotwords* (vgl. S. 262). Neben der lexikologischen Bestimmung befasst sich der Beitrag mit der Frage „nach Ansätzen und Methoden der kritischen Semantik zu einer linguistisch begründeten sprachkritischen Beschreibung“ (S. 262) solcher *Hotwords*. Der Blick auf Wörter, die interkulturell po-

lysem und daher konfliktträchtig sind (z.B. *Heimat*, *Kopftuch* oder *Heirat*), und deren lexikographische Beschreibung erscheinen als sinnvolle und lohnende Ergänzung diskurslexikographischer Bemühungen, in deren Rahmen ja selten die Perspektive anderer Kulturen eingenommen wird.

SANDRA ISSEL-DOMBERT & MARIE SERWE untersuchen das Parteiprogramm der Partei Front National in Frankreich von 2011. In Anlehnung an Bubenhofer (2009) formulieren sie das Ziel, datengeleitet Sprachgebrauchsmuster offenzulegen (vgl. S. 280). Hierzu werden die klassischen diskurs- und politolinguistischen Kategorien *Schlüsselwörter* und *Topoi* in den Blick genommen. Anhand des quantitativ ermittelten Vokabulars diskutieren die Autor*innen eine Reihe von Fahrenwörtern, die der Aufwertung der Eigengruppe dienen (z.B. *France*, *nation*, *patrimoine*), und eine Reihe von Wörtern, die der Abwertung des politischen Antagonisten, politischer Institutionen und von Fremdgruppen dienen (z.B. *Sarkozy*, *administration*, *immigration*) (vgl. S. 283). Das sich abzeichnende „Freund-Feind-Gefüge“ zur „Selbstinszenierung“ und „Abgrenzung“ (S. 284) bzw. Abwertung des Gegners zeigt sich deutlich auf argumentativer Ebene und wird dezidiert herausgearbeitet. Damit trägt der Beitrag zu einem tiefergehenden Verständnis der populistischen Selbst- und Feindbildkonstruktion bei.

Einerseits liefert der dritte Teil des Bandes anregende Einzelergebnisse hinsichtlich der Bedeutung und Funktion sprachlich-rhetorischer Mittel in den untersuchten Texten oder Diskursen. Darüber hinaus begründet er interessante Forschungsperspektiven. Andererseits werden zentrale Phänomene politischer Sprache in den Blick genommen und in mancher Hinsicht reichen die Beiträge damit kaum über das hinaus, was in der Sprache-und-Politik-Forschung bereits vielfach gesagt wurde, etwa dass Hochwertwörter gebraucht werden (die vom eigentlichen Inhalt der Reden ablenken würden) oder Argumentationen nicht den Gesetzen der Logik folgten (vgl. S. 185). Auch scheint über den Schlagwortbegriff alles gesagt, was darüber gesagt werden kann.

Teil 4 des Bandes leitet CSABA FÖLDES mit einer Untersuchung zur politischen Sprache und Interkulturalität am Beispiel der Presse deutscher Minderheiten ein. Im Fokus steht der Pressediskurs über die Politik der deutschen Minderheit in Ungarn zwischen 2005 und 2016. Ungarisch-deutsche Minderheitenzeitungen berichteten oft über die eigene Identität. Zum Zweck der Identitätsbildung kämen dabei beispielsweise Schlagwörter und sprachliche Strategien zum Einsatz wie *Deutsch*, *Muttersprache*, *Identität* oder der Gebrauch von *unser* in Verbindung mit Hochwertwörtern. Lexeme wie *Zigeuner* würden regulär verwendet, weil politische Korrektheit eine untergeordnete Rolle spiele (vgl. S. 305f.). Die Sprache der Medien (in Bezug auf Politik) sei bei den Ungarndeutschen „weder wie die ‚binnendeutsche‘ noch wie die ungarische“ (S. 313). Im Vordergrund stehe die identitätsstiftende Funktion (vgl. S. 314).

PASCALE ERHART beschäftigt sich mit Dialektsendungen auf France 3 Alsace, einem elsässischen Fernsehsender. Der Fokus liegt auf Sendungen zum gescheiterten Volksentscheid zur Zusammenlegung zweier Departements im Jahr 2013 (wodurch die Fusion mit anderen Regionen verhindert werden sollte). Erhart beschreibt den Einfluss des Dialekts durch Befürworter der Zusammenlegung. Sie stellt zwar keine dem Dialekt eigenen kommunikativen Strategien fest, dennoch komme dem Dialekt im Rahmen der Debatte eine identitätsstiftende und persuasive Funktion zu.

PETER ERNST thematisiert eine weitere Varietät politischer Sprache, nämlich gesprochene Sprache am Beispiel des Nationalsozialismus. Zuzustimmen ist der Feststellung, dass die gesprochene Sprache im NS paradoxerweise „kaum in der Linguistik Beachtung [findet; Anm. d. Verf.], und das, obwohl die Nationalsozialisten von Anfang an die Bedeutung der Verbreitung mündlicher Rede über Rundfunk und Kino erkannten“ (S. 339). Insofern liegt mit dem Fokus auf „politischer Aussprache“ (S. 348) ein vielversprechender Ansatz vor. Anhand der gesprochenen „Führerrede“ wird aufgezeigt, dass es auf phonetischer Ebene so etwas wie einen spezifischen nationalsozialistischen Sprechstil gibt, z.B. Merkmale des gesprochenen österreichischen Deutsch (entgegen den Bestrebungen des NS nach einer an der „Hochsprache“ orientierten, kodifizierten Ausspracheregulierung).

Im letzten Beitrag des Bandes fragen VJOSA HAMITI & BLERTË ISMAJLI nach politisch beeinflusstem Benennungswandel. Sie zeigen, wie sich im bundesdeutschen Mediendiskurs der Ortsname *Kosovo* zu einer Gruppenbezeichnung für die Albaner im Kosovo wandelte, was der Abgrenzung von den Albanern in Albanien diene, und wie sich die Bezeichnung 2008 zum Staatsnamen entwickelte.

Der vierte Teil des Bandes bietet einen beachtenswerten Einblick in sprachliche und stilistische Merkmale sowie in die politische Instrumentalisierung verschiedener Varietäten wie von Minderheitensprachen oder gesprochener Sprache im NS. Insofern solche Gegenstände in der Politolinguistik selten bearbeitet wurden, ist dieser Teil eine Bereicherung für den Band und eine wirkliche Erweiterung des Fragehorizonts der Sprache-und-Politik-Forschung.

Fazit

Der Sammelband vermittelt einen Eindruck von der Heterogenität des Feldes der Sprache-und-Politik-Forschung. Publikationen wie die vorliegende, die versuchen, diese trans- und innerdisziplinäre Vielheit abzubilden, sind grundsätzlich zu begrüßen. Damit geht der Impuls einher, kognitive und grammatische Ansätze zu profilieren. Gegen dieses Bemühen ist gar nichts einzuwenden, es mündet aber in einigen Beiträgen in ein überspanntes „Um-sich-Werfen“ mit

linguistischen Teildisziplinen und Etikettieren von „innovativen“ Forschungsfeldern. Die erbrachten Forschungsergebnisse insbesondere der kognitiv-grammatisch orientierten Beiträge lassen einen „Paradigmenwechsel in der politischen Sprachgebrauchsforschung“ (S. V) nicht befürchten, bleiben sie doch hinter den geweckten Erwartungen und dem, was mit einfachen wort-, satz-, text- und diskurssemantischen Verfahren (in pragmatischer und sprachkritischer Perspektive) zu erreichen ist, zurück.

Literatur

- Bubenhof, Noah. 2009. *Sprachgebrauchsmuster. Korpuslinguistik als Methode der Diskurs- und Kulturanalyse*. Berlin, New York: De Gruyter.
- Klein, Josef. 2003. Parlamentsrede (Definition, Geschichte der Parlamentsrede in Deutschland, Moderne Parlamentsrede). In: Gert Ueding (Hg.). *Historisches Wörterbuch der Rhetorik* 6. Tübingen: Niemeyer. 582–586, 624–634, 634–637.
- Klein, Josef. 2019. Redegattungen/Textsorten der politischen Rhetorik und ihre Charakteristika. Ein Überblick. In: Burkhardt, Armin (Hg.). *Politische Rhetorik. Ein Handbuch*. Berlin, Boston: De Gruyter. 328–350.
- Uhlig, Eckhart. 1972. *Studien zu Grammatik und Syntax der gesprochenen politischen Sprache des Deutschen Bundestages. Ein Beitrag zur deutschen Sprache der Gegenwart*. Marburg: N. G. Elwert Verlag.